

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Hof. Ad. Schles. Hoflieferant.
Gr. Gerber u. Breitestr.-Ges.
Otto Fischl, in Firma
J. Leumann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortliche Redakteure:
F. Hirsch für den politischen
Theil, A. Beer für den übrigen
redaktionellen Theil, in Posen.

Nr. 861

Die "Posener Zeitung" erscheint wochentäglich drei Mal,
an den Sonn- und Feiertagen folgenden Tagen jedoch nur zweimal,
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
ganz Deutschland. Bezahlungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Posener Zeitung

Neunundneunzigster Jahrgang.

Donnerstag, 8. Dezember.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
Bud. Rose, Hasenlein & Vogel
b. J. Danke & So., Privaldensam.

Berantwortlich für den
Inseratentheil:
J. Hirsch
in Posen.

1892

Inserate, die jedesgeplante Zeitung oder deren Raum
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite
80 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Erdition für die
Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenausgabe bis 8 Uhr Nachm. angenommen.

Deutscher Reichstag.

10. Sitzung vom 7. Dezember, 1 Uhr.

(Nachdruck nur nach Ueberreinkommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste und event. zweite Berathung des von Mitgliedern aller Parteien unterzeichneten Antrags Dr. Hirsch (dfr.), betr. den Erlass eines Notgeseßes zur Krankenkassen-novelle (Verlängerung der Einführungsfrist des § 75a bis zum 1. Juli 1893).

Zur Begründung des Antrags führt Abg. Münkel (nl.) aus: Die freien Hilfskassen, die bis zum 1. Januar die Beichtigung nicht erhalten, daß sie den Bestimmungen der Krankenkassen-novelle entsprechen, befinden sich in einer Notlage und in der Gefahr, ihre Mitglieder zu verlieren. Royaler Weise muß diesen Kassen eine weitere Frist gegeben werden, und wir bitten, diese Frist bis zum 1. Juli auszudehnen.

Hierauf wird der Antrag auch in zweiter Berathung einstimmig angenommen.

Es folgt die erste Berathung des Antrages Nintelen, betr. Änderung und Ergänzung der Vorschriften der Strafprozeßordnung. Hierauf nahm des Verfahrens und Entschädigung unschuldig Verurtheilter.

Abg. Nintelen (Btr.): In einer früheren Session ist der Antrag bereits im Prinzip angenommen worden. Da die jetzt geltenden Bestimmungen den Erwartungen nicht entsprechen, die man bei der Emanation des Gerichtsverfassungsgesetzes in sie setzte, so muß eine Änderung derselben angestrebt und die Wiederaufnahme des Verfahrens in Strafsachen erschwert werden. Wird mein Antrag angenommen, dann wird es nur noch selten vorkommen, daß jemand wegen mangelnder Beweise freigesprochen wird. In diesem Falle tritt die Frage der Entschädigung unschuldig Verurtheilter in ein neues Stadium ein, indem der Hauptgrund gegen diese Entschädigung fortfällt. Insofern unterscheidet sich mein Antrag von demjenigen des Abg. Münkel, daß ich die Entschädigung nur dann eintreten lassen will, wenn die Unschuld des Angeklagten sich als Thatache herausgestellt hat, nicht aber im Falle eines non liquet. Abg. Münkel will aber in jedem Falle eine Entschädigung. Ich bitte, die Sache nicht an eine Kommission zu verweisen, da sie bereits öfter eingehend erörtert worden ist.

Staatssekretär im Reichs-Justizamt Dr. Hanauer (auf der Tribüne schwer verständlich) erklärt, daß die zur Erörterung stehenden Fragen zur Ausarbeitung einer Vorlage im Reichsjustizamt geführt hätten, die gegenwärtig das preußische Justizministerium beschäftige. Gleichzeitig soll die Materie der Berufung in Angriff genommen werden.

Abg. Dr. Hartmann (dk.) hält die Forderung nach Entschädigung unschuldig Verurtheilter für eine gerechte und glaubt ebenfalls, daß man einer Kommissionsberatung entbehren könne.

Abg. Frohme (Soz.) hält den Entwurf für unzulänglich, da auch in den Fällen eines non liquet Entschädigung gewährt werden müsse. Deswegen sei ihm der Antrag Münkel viel sympathischer. Das, was wir vor allem verlangen müssen, ist die Einführung der Verantwortlichkeit der richterlichen Beamten, denn nur so kann die tendenziöse Ungerechtigkeit vermieden werden, die in manchen Prozessen sich gezeigt hat. Dann kann es nicht vorkommen, daß ein Staatsanwalt, wie es Dr. Römen in Hamburg gethan, in einem Prozesse behauptet hat, die sozialdemokratischen Zeugen seien unglaublich, weil die Sozialdemokraten vor der Heiligkeit des Gottes keine Schen haben. Ja, in einem anderen Prozesse stellte er die Behauptung auf, daß er Beweis dafür habe, daß der Falschheit bei den Sozialdemokraten sogar geboten sei. Das sind die tendenziösen Unwahrheiten, die in einem preußischen Gerichtssaal vorkommen. Jeder politische Prozeß ist ein tendenziöser, denn die Richter vertreten ja nur die herrschenden Ansichten der Klassen, aus denen sie stammen. Aber es ist doch eine Ungehörigkeit sondergleichen, wenn man einer Partei, die 2 Millionen Anhänger zählt, solche Vorwürfe ins Gesicht schleudert: Ihr seid fähig einen Meineid zu leisten. Die Theorie des Staatsanwalts ist auch in die Prozess umgesetzt worden. In Magdeburg standen in einem Prozesse gegen einen Sozialdemokraten die Aussagen der entlastenden Arbeiter den Belastungsaufrägen der Polizeibeamten gegenüber. Den letzteren wurde nicht bloß Glauben geschenkt, sondern die Arbeiter wurden sogar wegen Metternich verklagt. (Vizepräsident Graf v. Ballenstädt rief den Redner wegen des Vorwurfs tendenziöser Unwahrheit gegen die deutschen Richter zur Ordnung.) Wenn solche Untersuchungen im Richterstande herrschen, dann hört für einen Sozialdemokraten jede Rechtsicherheit auf und es bleibt einem Sozialdemokraten nichts anderes übrig, als die Aussage vor Gericht überhaupt zu verweigern. Wir wenden uns nicht gegen den Eid überhaupt, sondern gegen die religiöse Form derselben. Würde diese bestätigt, so stielen auch die Verurteilungen Unschuldiger fort.

Abg. Kauffmann (df.): Es erfüllt uns mit Beschiedigung, daß die so lange im Reichstag hervorgetretenen Bestrebungen endlich bei der Regierung Beachtung gefunden haben. Es ist also doch nicht umsonst, wenn der Reichstag seinen Wünschen wiederholt Ausdruck giebt. Die Erklärungen des Staatssekretärs machen eine weitere sachliche Behandlung des Antrages entbehrlich. Die Frage der Entschädigung unschuldig Verurtheilter und der Wiederaufnahme des Strafverfahrens gehören nicht notwendig zusammen, ja die Erschwerung der Wiederaufnahme des Verfahrens erfordert auch die Materie der Entschädigung unschuldig Verurtheilter. Die Konstruktion einer Unterscheidung zwischen Unschuldigen und Freigesprochenen stellt unseres ganzen Strafprozeß auf den Kopf. Solange man uns nicht die Unterscheidung genau definieren kann, solange müssen wir die Entschädigung auch im Falle eines non liquet verlangen.

Abg. Schneider (Hamm nl.) will die Entschädigung davon abhängig machen, wenn der Beweis geführt wird, daß der Eingriff in die Rechte des Angeklagten von vornherein ungerechtfertigt war.

Abg. Hausmann (Volkspartei): Wenn Sie auf die Unterscheidung zwischen wirklich Unschuldigen und wegen mangelnder Beweise Freigesprochenen bestehen, dann kommt man zu großen Schwierigkeiten. Redner erinnert an einen besonders krassen Fall, der diese Frage scharf beleuchtet. In Württemberg wurde ein

Mann wegen schweren Diebstahls zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt. Nachdem der Mann ein Jahr abgesessen hatte, fand eine Wiederaufnahme des Strafverfahrens statt, welche mit der Freisprechung endigte. In der Verhandlung hielt es, daß die Unschuld des Mannes insofern nicht vollständig erwiesen sei, als ja 2 Leute bei dem Diebstahl beteiligt gewesen sein könnten. Nichtsdestoweniger erhielt dieser Mann von dem Ministerium eine Entschädigung von 1000 Mark, weil die Möglichkeit seiner Befreiung an dem Diebstahl nicht erwiesen sei. Redner führt einen zweiten Fall an, in dem eine hysterische Person freigesprochen worden ist. Wir bitten also, eine solche Unterscheidung nicht eintreten zu lassen, und eruchen ferner die Regierung mit der Ausgestaltung des Entwurfs uns nicht so lange warten zu lassen, wie Sie uns bis zur Ingriffnahme haben warten lassen. Inzwischen ist ein Schlusshandbuch eingelaufen. Da die Abstimmung zweifelhaft bleibt und Abg. Stadthagen die Beschlussfähigkeit des Hauses anzweifelt, so erfolgt auf Vorschlag des Präsidenten die Auszählung des Hauses (anstatt des nach der Geschäftsordnung vorgeschriebenen Namensaufrufs.) Es stimmen 40 Mitglieder gegen und 106 für den Schlusshandbuch. Das Haus ist somit nicht beschlußfähig.

Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr (dritte Berathung des Antrages Hirsch, betr. Notgeseß zur Krankenkassen-novelle, Interpellation Hirsch, betr. Abzahlung geschäfte, Fortsetzung der Berathung der lex Heinze, kleinere Vorlagen.)

Schluß 3/4 Uhr.

Deutschland.

△ Berlin, 7. Dez. [Der Ahlwardt-Skandal.] Als ein Skandal ohne Gleichen hat der Ahlwardt-Prozeß begonnen, als unerhörte Verhöhnung von Ordnung und Anstand hat die Beweisaufnahme heute geschlossen. Solche Szenen sind in einem preußischen Gerichtssaale noch niemals vorgekommen. Der Antisemitismus Ahlwardtscher Observanz hat seine unablässige Raubthiernatur in frechsten Formen bewiesen, und die Grenze scheint nicht mehr auffindbar, die dies wüste Treiben von dem fesselloser Anarchismus treunt. Schon vor Beginn der Sitzung herrschte im Saale wie in den Vorräumen ein unheimlich dumpfes Treiben. Die in Massen herbeigetrömmten Antisemiten mochten darauf vorbereitet sein, daß der Tag mit einem Knall-effekt schließen werde. Nur mühsam konnte ein zahlreiches Schutzmanschaftsaufgebot die Ordnung in diesen wogenden Scharen aufrecht erhalten; vom Saale bis hinunter zum Vorplatz staute sich die erregte Masse. Über dem Saale selbst aber lag es wie Gewitterschwüle. Schon beim Beginn der Verhandlung war es offenbar, daß der Angeklagte und sein Vertheidiger rücksichtlose Obsstruktion treiben wollten. Immer spitzer und giftiger wurde Rede und Widerrede, immer unruhiger gehoberte sich ein Theil des Publikums. Der Präsident Brausewetter ist, wie dieser Prozeß abermals gezeigt hat, ein Mann von sehr lebhaftem Temperament, der auf ein scharfes Wort vielleicht gereizter reagiert, als immer nötig ist. Aber ein Engel an Geduld würde an seiner Stelle ebenfalls aus sich heraus haben gehen müssen. Die Leser finden im Bericht über die heutige Verhandlung die Einzelheiten, die es rechtfertigen, die heutigen Vorgänge einen beispiellosen Skandal zu nennen. Hier soll nur von der Wirkung auf die Anwesenden gesprochen werden. Als der Vertheidiger des Angeklagten in den Saal hineinschrie, daß ihm die Führung der Prozesses die weitere Vertretung seines Klienten unmöglich mache, als er dann seine Akten zusammenraffte und davonging, erhob es sich, wie ein dumpfes Brausen, und für einen Augenblick waren alle Schranken durchbrochen, mit denen sonst die Würde eines preußischen Gerichtshofes umgeben ist. Bevend vor Empörung sprangen die Richter und der Staatsanwalt auf, unter den Zeugen entstand stürmische Bewegung, man sah die Leute gestikuliren, man hörte sie einander rufen, und erst nach einer Weile gelang es dem heftigen Glockenzeichen des Präsidenten, wenigstens einigermaßen die Ruhe wiederherzustellen. Ahlwardt aber saß mit einem bösen Lächeln in den zusammengekniffenen Mundwinkeln da. Wenn dies Alles nicht die brutalste Verhöhnung der Justizpflege ist, dann weiß man nicht, wie man es nennen soll. Ahlwardt und sein Vertheidiger stehen auf dem Standpunkte der vollendeten "Wurstsichtigkeit." Sie sagen sich, wenn schon, denn schon. Wenn denn doch einmal die ekelhafteste Demagogie Triumph sein soll, dann nur immer zu. Ahlwardts Wahl und seine Märtyrerrolle haben gezeigt, daß sich auch mit Schmutzereien ein politisches Geschäft machen läßt. Herr Hertwig scheint auf dem Wege kühn vorzugehen zu wollen. Es ist klar, daß sich der Ehrenrat der Berliner Anwälte ein Verfahren, wie das des Herrn Hertwig niemals gefallen lassen kann, und diesen Mann wird sein Schicksal ereilen. Aber es findet sich wohl noch ein Wahlkreis, der auch den Hertwig in den Reichstag schickt, und dann ist der Herr ja geborgen. Die Wackerbarth und Langen und wer sonst zu ihnen hält, sind ja noch da, und sie werden den neuen Märtyrer nicht fallen lassen. Auf Verschleppung war die ganze Vertheidigung im Ahlwardtprozeß

angelegt. Nur durchaus über den Termin der amtlichen Bekündigung der Ahlwardt Wahl sollte hinausgekommen werden und für das Weitere sollten und sollen dann die Helfershelfer Ahlwardts im Reichstage sorgen. Die Sache spielt sich zu einem Drama ohne Gleichen zu. Gelingt es den auch heute wahrscheinlich noch nicht beendigten Verschleppungsmanövern, diesen "betrügerischen" Manövern, wie sie Herr Brausewetter nannte, den Schluss des Prozesses bis über den Freitag hinauszögern, dann haben wir im Reichstage die Debatte über den Antrag auf Einstellung des Strafverfahrens. Nun beachte man wohl! Der Vertheidiger hat heute das ganze Aktenmaterial mitgenommen, und daraufhin konnten die Plaidoyers nicht beginnen, weil Ahlwardt erst in den Stand gesetzt werden sollte, sich dies Material wieder zu beschaffen. Wie nun aber, wenn er behauptet, das nicht zu können? Der gute Mann sitzt ja im Gefängnis, er wird sich für gebunden und hilflos erklären, er wird weiter verschleppt. Sehr möglich also, daß das Urteil am Freitag noch nicht gefällt ist. In Reichstagsgesprächen wurde heute viel und breit darüber geredet, wie man sich zu einem eventuellen Antrage der Antisemiten stellen solle. Wenn früher derartige Anträge unbesehen angenommen wurden, so geschah es doch niemals unter Umständen, wie die jetzigen, sondern stets war die öffentliche Gerichtsverhandlung selber noch nicht im Gange. Der Eingriff des Reichstages in den Gang der Justiz wäre also ein ungewöhnlich kräftiger. Vielleicht ist die Meinung die, daß es eine Verlezung der Justizpflege wäre, wenn Ahlwardt den Händen des Strafrichters jetzt noch entrissen würde, zumal seine Anwesenheit im Reichstage durch die gegenwärtig von ihm verbüßte Strafhaft überhaupt unmöglich ist. Andere wieder warnen davor, der Immunität der Reichstagsmitglieder etwas zu vergeben. Bezeichnender Weise gehört zu diesen privilegierten Mahnern auch die "Kreuzzeitung", deren Hintermänner sich selbst niemals etwas daraus gemacht haben, entsprechende Anträge abzulehnen. Aber Ahlwardt ist ja (um mit dem Rembrandt-Mann zu reden) der "heimliche Kaiser" dieser Rechtskonservativen. Graf Eulenburg spricht dem Landrat v. Bornstedt seine "ernste Misbilligung" aus und läßt das durch den "Reichsanzeiger" veröffentlichen. Die Konservativen schaaren sich um Ahlwardt. So ist es recht, und uns kann es auch recht sein!

— Die erste Berathung der Militärvorlage im Reichstage beginnt nächsten Sonnabend.

— Der "Reichsanzeiger" enthält heute, wie schon erwähnt, in seinem nichtamtlichen Theile eine gegen den Landrat von Bornstedt gerichtete Notiz, die folgendermaßen lautet:

Der Minister des Innern hat dem Landrat des Friedeberger Kreises wegen der Unterzeichnung eines Wahlausruhrs für den Rektor Ahlwardt seine ernste Misbilligung zu erkennen gegeben.

Nachsichtiger hätte Graf Eulenburg allerdings nicht verfahren können. Wegen Unterzeichnung des Wahlausruhrs für Ahlwardt erfolgt der Ausdruck "ernster Misbilligung"; was würde geschehen sein, wenn Landrat von Bornstedt einen Wahlausruhr für einen freisinnigen Kandidaten unterzeichnet hätte? Selbst die "Nord. Allg. Ztg." hat heute früh die Frage aufgeworfen, ob es das Gesüge des Staats auf die Dauer vertragen kann, wenn zum Erfahrungssache wird, daß als Belohnung für berufsmäßige, verheizende, alle Autorität in den Staub ziehende "Agitation Reichstagsmandate winten" — und, hätte sie hinzuzügen können — daß königliche Beamte, die jederzeit abgesetzt sind, ihre Autorität einzusezen, um die Erlangung solcher Reichstagsmandate zu ermöglichen. Der Ausdruck "ernster Misbilligung" seitens des Ministers des Innern ist einem solchen Verhalten gegenüber eine gar zu gelinde Korrektur. Immerhin nehmen wir — bescheiden, wie wir sind — Akt davon, daß Graf Eulenburg, unter dessen früheren Ministerschaft Hosprediger Stöcker den Antisemitismus ins Leben gerufen hat, der antisemitischen Agitation nicht mehr ganz so gleichgültig gegenübersteht, wie vor 10 Jahren. Im übrigen wird er ja nach Neujahr im Abgeordnetenhaus Gelegenheit erhalten, sich eingehender auch über die Gründe zu äußern, aus denen er die Unterzeichnung Ahlwardtscher Wahlausruhrs seitens eines Landrats ernstlich misbilligt.

Belgien.

* Nachdem der Antrag des englischen Delegirten Rothschildt abgelehnt ist, kann die Münzkonferenz endgültig als gescheitert betrachtet werden. Man ist daher gegen die Amerikaner sehr aufgebracht, da durch ihr planloses Vorgehen, das lediglich die Erzielung hoher Silberpreise zum Ziele hatte, das Misslingen der Konferenz herbeigeführt worden ist. Neue Vorschläge von praktischer allgemeiner Bedeutung sind nicht mehr zu erwarten. Dagegen dürfte die Konferenz den Ländern

der lateinischen Münz-Union günstige Gelegenheit zur Erneuerung ihres Bundes geboten haben. Sie werden, nachdem sie ihre übermäßigen Verlust bringenden Silbervorräthe abgestoßen haben, die lateinische Union auf der Basis des faktischen Goldfußes fortführen können. Zu diesem Zwecke finden gegenwärtig, wie die „Volksztg.“ berichtet, unter Vorsitz des französischen Delegirten Tirard besondere Konferenzen der betreffenden Delegirten statt. — Der dänische Delegirte Tietgen hat folgende neue Vorschläge unterbreitet:

Es soll eine internationale Vereinigung gebildet werden zwischen den Staaten, welche sich bereit erklären, einer solchen beizutreten. Die Delegirten der internationalen Vereinigung sollen das erste Mal das tatsächliche Verhältnis zwischen Gold und Silber auf der Grundlage des Durchschnittspreises für Silber in London in den letzten der Konstitution der Vereinigung vorausgegangenen zwölf Monaten festsetzen. Den der Vereinigung angehörenden Staaten soll es gestattet sein, in unbegrenzter Menge Silberstücke im annähernden Werthe der alten Thaler auszuprägen, d. h. im annähernden Werthe von 5 Francs, 1 Dollar, 4 Mark, 4 Kronen. Diese Stücke sollen in denjenigen Ländern, in denen sie geprägt sind, als unbeschränktes gesetzliches Zahlungsmittel gelten. Der Silberwerth der Stücke wird, dem von der Kommission bestimmten Verhältniss zwischen Gold und Silber entsprechend unter Hinzurechnung von zehn Prozent Prägelosten festgesetzt. Eine Kommission soll den Kurs des Silbermarktes überwachen. Wenn das Silber bis auf 5 Proz. unter dem festgesetzten Verhältniss fallen sollte, so soll die Kommission das Recht haben, wieder zusammenzutreten, um darüber zu entscheiden, ob eine Umprägung erforderlich ist. Jede Emissionsbank soll das Recht haben, einen Theil ihres Baarvorrathes in Unions-Silberstücken zu haben. Die Emissionsbanken sollen ferner das Recht haben, die Einlösung der in ihren Kassen befindlichen Silberstücke in Gold nach sechs- oder zwölfmonatlicher Auffindung von demjenigen Lande zu verlangen, welches dieselben geprägt hat.

Die zur Prüfung der Vorschläge des dänischen Delegirten Tietgen eingesetzte Kommission hielt im Laufe des gestrigen Nachmittags eine Sitzung ab, vertagte sich schließlich aber, ohne daß bezüglich des Tietgenschen Projektes ein bestimmter Beschluß gefasst wurde. Es war also wieder nichts.

* Brüssel, 6. Dez. Wie der „Hamb. Corr.“ berichtet, ist der Urheber des Dynamit-Attentats auf das Bureau der Cockerell-Gesellschaft entdeckt; der Thäter, ein früherer Arbeiter Namens Paquay, wurde verhaftet und ist geständig, weigert sich indessen, ein Motiv anzugeben. Paquay ist nicht Anarchist, weshalb man persönliche Nachte ammunt. Bei der Haussuchung wurden zahlreiche Dynamitpatronen gefunden. Paquay ist vierzig Jahre alt und Vater von vier Kindern. Derselbe war vor zehn Tagen von dem Beamten Dethier aus den Cockerellwerken entlassen worden. Dethier war gerade im Bureau anwesend als Paquay 4½ Uhr Nachmittags das Attentat beging.

Prozeß Ahlwardt.

Als nach Gründung der Sitzung am Mittwoch der Vorsitzende der gerichtliche Aussage des nicht aufzufindbaren Zeugen Ed. Krähahn zu verlesen sich anschickte, erklärte der Angeklagte, daß nach einer ihm zugegangenen Notiz Krähahn sich in Berlin in der Heinrichdorferstraße Nr. 52 bei seiner Schwägerin aufzuhalten soll, wo er nach dem Beugnis des Restaurateurs Falckenberg am Montag in dessen Lokal Billard gespielt haben soll. — Präf.: Das ist doch nicht maßgebend für uns, ob derselbe Billard gespielt hat. Es kommt doch nur darauf an, ob derselbe aufzufinden ist, und das ist nicht der Fall. Der Gerichtshof und der Staatsanwalt hat sich alle erdenkliche Mühe gegeben, den Aufenthalt des Zeugen zu ermitteln, und ich nehme an, daß die Vertheidigung, die doch ein Interesse an der Vernehmung des Zeugen hat, auch das ihrige gethan haben wird.

Berth.: Ich habe doch einen neuen Beweisantrag gestellt, welcher nicht berücksichtigt wird. Die Verhandlung kann doch auf vielleicht drei Tage vertagt werden, die Mühe wird uns allen sehr wohl thun. — Präf.: Das Bestreben des Angeklagten und seines Vertheidigers geht ja von Anfang an darauf hinaus, die Sache nicht zu Ende bringen zu lassen. So ist es auch heute wieder mit diesem Antrage. — Berth.: Ich erinnere an den Prozeß Heinze, wo in letzter Stunde die Verhandlung vertagt wurde, um einen Zeugen in Amerika zu vernehmen. — Präf.: Gewiß kommt so etwas vor, wir haben auch schon eine Verhandlung Monate lang vertagt, um einen Zeugen in Spanien zu vernehmen.

Der Gerichtshof beschließt, den Antrag auf Ladung des Restaurateurs Falckenberg abzulehnen und beauftragte einen Boten, sofort mit Drohde nach der Heinrichdorfer Straße zu fahren, um Krähahn möglichst zu ermitteln.

Bertheidiger: Es steht noch die Vernehmung der Gräfin Hohenthal aus. Ich denke gar nicht daran, auf dieselbe zu verzichten.

Erster Staatsanwalt Drescher: Die Frau Gräfin ist, wie festgestellt worden, durch Krankheit am Erscheinen verhindert, ein Antrag mit einem Beweisitemma liegt nicht vor und eine Vernehmung derselben ist daher nicht geboten. Derselben Ansicht ist der Präsident, während der Vertheidiger darauf hinweist, daß der Vertheidiger Mundel die Vernehmung beantragt hatte. — Rechtsanwalt Mundel: Ich ziehe den Antrag zurück.

Präfident: Herr Löwe, haben Sie durch Veröffentlichung der Broschüre in Ihrem Jubiläumsbetriebe Schaden erlitten? — Nebenkläger Löwe: Unzweckhaft, ich kann den Schaden nur nicht taxiren. — Präfident: Sind Aufträge dadurch zurückgezogen? — Löwe: Nein. — Präfident: Nicht einer von der italienischen Regierung? — Löwe: Nein. — Präfident: Vom Auswärtigen Amt ist die Mittheilung zugegangen, daß in Folge der Broschüre ein Auftrag von der chinesischen Regierung zurückgehalten wurde, und erst, nachdem durch den „Reichsanzeiger“ bekannt gemacht wurde, daß der Inhalt der Broschüre in Betreff der Kriegsunbrauchbarkeit der Gewehre auf Unwahrheit beruhte, soll Ihnen der Auftrag ertheilt worden sein. — Löwe: Ich war in der Lage, dem chinesischen Bevollmächtigten nachzuweisen zu können, daß die Denunziationen unwahr seien, worauf uns wieder das Vertrauen geschenkt wurde, welches wir so lange genossen. — Angeklagter: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß die Gintgraffische Expedition eine staatliche war und daß bei dieser die Löwenischen Gewehre zum ersten Male im Kriege erprobt worden sind. — Präf.: Angeklagter, ich muß Sie immer wieder darauf hinweisen, daß es sich darum gar nicht handelt. Sie sind angellagt, weil Sie in der Broschüre behauptet haben, daß die Herren Löwe und Kühne im Auftrage der Alliance israelite absichtlich schlechte Gewehre geliefert haben, damit wir im Falle eines Krieges unterliegen. Alles Uebrige, die Unregelmäßigkeiten, welche in der Fabrik von den Arbeitern begangen wurden, u. s. w. ist nur eine Art Beiwerk, welches wir meiner Ansicht nach aus Eingehendste erörtert haben. Der Gerichtshof wird sich zur Berathung der neu gestellten Beweisanträge zurückziehen.

Berth: Nach § 244 der Strafsprozeßordnung hat sich die Beweisaufnahme auf alle Zeugen zu erstrecken, die geladen sind. Die Gräfin Hohenthal ist geladen, ich verzichte nicht auf diese Zeugin. Der Gerichtshof zieht sich zur Berathung über die gestellten

Beweisanträge zurück. Nach 1½ Stunden lehrt der Gerichtshof zurück.

Präf.: Wie vorauszusehen war, hat sich herausgestellt, daß der Zeuge Krähahn an dem angegebenen Orte sich nicht befindet. Nach dem Bericht des betr. Gerichtshofen ist Krähahn seit einigen Wochen gänzlich verschwunden und auch seine Frau kennt seinen Aufenthaltsort nicht.

Berth. (unterbrechend): Ehe der Präsident die mündliche Verhandlung vielleicht ganz plötzlich schließt, überweisse ich hier sieben neue Beweisanträge. Ich muß in dieser Sache auf alle Eventualitäten gefaßt sein!

Präf.: Das ist eine unerhörte Beleidigung des Gerichts! Wir thun hier nichts, was gegen das Gesetz wäre. Wir folgen streng den Vorschriften der Strafsprozeßordnung. Eine derartige Unterstellung ist geradezu unerhört für einen Rechtsanwalt, der hier eine Vertheidigung führt! Ich verbiete mir derartige Unterstellungen ganz entschieden. Der Vertheidiger zeigt nur aus Neue, daß es seine Absicht ist, den Gerichtshof nach außen hin bloß zu stellen und er weiß nach Ansicht des Gerichtshofes ganz genau, daß Alles, was er hier vorbringt, nur dazu dient, die Sache zu verschleppen! Ich kann dem Vertheidiger sagen, daß bei dem ganzen Gerichtshof eine große Aufregung über sein Verhalten hier im Gerichtssaale herrscht. Wir alle sind überzeugt, daß, so wie er hier noch niemals ein Vertheidiger aufgetreten ist.

Berth.: Die letzte Neuflucht des Präsidenten fasse ich als eine Anerkennung meiner Thätigkeit als Vertheidiger auf.

Präf.: Herr Staatsanwalt, beantragen Sie nun die Verlehung der Aussagen des Krähahn?

— Erster Staatsanwalt: Ich für meine Person lege kein Gewicht darauf, aber um dem Angeklagten nicht zu nahe zu treten, habe ich nichts dagegen.

— Präf.: Angeklagter, der Vorwurf, der dem Gerichtshof gemacht wird, ist völlig ungerechtfertigt, wie Sie jetzt wieder sehen. Der Herr Staatsanwalt legt kein Gewicht auf die Verlehung der Krähahnschen Aussagen, der Gerichtshof ebenso wenig und nun liegt es ganz in Ihrer Hand, ob die Verlehung stattfinden soll oder nicht.

Angekl.: Da Krähahn nicht zu ermitteln ist, kann mir die Verlehung wenig nützen und stelle sie dem Gerichtshof anheim.

Berth.: Ich schließe mich dem Antrage des Angeklagten an. Uns lag hauptsächlich daran, durch Gegenüberstellung des Krähahn mit anderen Zeugen zu beweisen, daß in ganz ungeheuerlicher Weise auf Krähahn eingewirkt worden ist. Ich stelle jetzt den Antrag, die Sache zu vertagen und die Akten der Staatsanwaltschaft befußt Ermittlung des Krähahn zugestellt.

— Erster Staatsanwalt: Ich begrüße den Antrag insfern, als dadurch wiederum bewiesen wird, daß der Vertheidigung darum zu thun ist, die Sache zu verschleppen. Selbstverständlich widerstreiche ich dem Antrage, denn es ist alles geschehen, was möglich war, um den Krähahn zu ermitteln.

— Die nun zur Verlehung gebrachten Aussagen des Krähahn enthalten zur Sache eigentlich nichts Wichtiges. Zeuge Brett Schneider hatte ihn bearbeitet, um ihn umzustimmen. Brett Schneider habe auch von ihm behauptet, daß er ihn für einen Polizeipiegel halte und hinzugefügt, daß ein Wort genüge, um Ablöwardt unschädlich zu machen. Er habe kein Geld für seine Aussagen erhalten, man habe ihm auch nicht nahe gelegt, daß er wieder in der Löwenischen Fabrik angestellt werden würde. Krähahn hat f. B. auch eine Denunziation eingereicht, in welcher der Staatsanwalt nicht mitgetheilt wurde, daß Ahlwardt in fortwährendem regen Verkehr mit den Zeugen stehe, daß Gans 500 Mark erhalten habe ic.

Zeuge Brett Schneider, welcher noch einmal vorgerufen wird, wird vom R.-A. Mundel über verschiedene Punkte befragt. R.-A. Mundel behauptet, daß Brett Schneider und Krähahn zusammen einen Brief an Hrn. von Langen gerichtet und um Geld gebeten hätten. Darin sei mitgetheilt, daß sie nun von Mitteln gänzlich entblößt seien und eigentlich nicht wüssten, was sie anfangen sollten. Ahlwardt habe ihnen gesagt, daß sie sich nur an Hrn. v. Hülsen, Hrn. v. Wackerbarth, Hrn. v. Langen und Paesch wenden sollten. Daraufhin hätten sie dann den gemeinschaftlichen Brief an Hrn. v. Langen gerichtet. — Zeuge Brett Schneider: Die Sache mit dem Brief ist in der bei Hrn. van Groningen herausgegebenen Broschüre „Ahlwardt's Ende“ nicht ganz richtig dargestellt. Richtig ist ja, daß wir einen Brief an Hrn. v. Langen geschrieben haben, doch ist derselbe in der Broschüre nicht richtig wiedergegeben. Mir hat die ganze Sache auch am nächsten Tage wieder leid gethan, ich habe den Brief am nächsten Tage zerissen. — Zur Erläuterung dieser ganzen Angelegenheit mag dienen, daß in der Ahlwardtschen Broschüre eine eidesstattliche Verfestsicherung des Krähahn abgedruckt war, welche schwere Beleidigungen gegen die Löwenische Fabrik enthielt. Nachher hat er, wie in der Broschüre „Ahlwardt's Ende“ abgedruckt ist, diejenigen Anschuldigungen widerruft und erklärt, daß er überhaupt nicht gewußt habe, daß es sich um eine eidesstattliche Verfestsicherung handele, da Ahlwardt ihm nur einen leeren Bogen vorgelegt habe, welchen er mit seinem Namen versehen sollte. Der „Rector aller Deutschen“ habe seinen Mittheilungen willkürliche Zusätze gemacht.

Der Gerichtshof verkündet sobann das Ergebnis der Berathung in Betreff der neugestellten Beweisanträge. Dieselben sind sämmtlich abgelehnt worden, da einerseits die darin unter Beweis gestellten Thatsachen als wahr unterstellt, andertheils durch die stattgehabte Beweisaufnahme bereits widerlegt seien.

Zum Schluß der Gründe, durch welche die Beweisanträge abgelehnt werden, heißt es: Der Gerichtshof ist auch der Überzeugung, daß mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte selbst in der Verhandlung zugegeben, wie angenehm es ihm wäre, wenn er die Beendigung der Sache bis nach erfolgter Reichstagswahl hinauszögern könnte, die gestellten Anträge nur zu dem Zwecke gestellt sind, die Sache zu verschleppen und die Verhandlung auszuziehen. Der Gerichtshof ist der Überzeugung, daß diese Anträge garnicht ernsthaft gemeint sind, und daß der Angeklagte sich bewußt ist, die in den Anträgen aufgestellten Thatsachen gar nicht beweisen zu können, daß also der Angeklagte nur unter der betrügerischen Form eines Beweisantrages danach strebt, die Sache zur Vertagung zu bringen.

R.-A. Hertwig: Ich meinerseits erkläre nun, daß ich es ablehnen muß, die Vertheidigung eines Mannes weiter zu föhren, der bereits verurtheilt war, bevor die Sitzung begann, und dem man seine Beweismittel abschneide. Wie das Urteil auch ausfallen möge, wir fürchten uns nicht und überlassen die Kritik dieses Verfahrens der Öffentlichkeit!

Während der letzten Worte zieht sich deutliche Aufregung am Richtertische und der Präsident stellt die Frage an den Staatsanwalt, ob er Anträge zu stellen habe.

Staatsanwalt: Ich beantrage für diese höchst ungünstige auch die höchste zulässige Strafe!

In allen Theilen des Saales entsteht die lebhafteste Aufregung und es bilden sich laut diskutirende Gruppen.

Der Vertheidiger packt seine Akten zusammen und verläßt den Gerichtssaal.

Der Präsident verkündet, daß der Gerichtshof den R.-A. Hertwig in eine Ordnungsstrafe von 100 Mark genommen habe.

Der Angeklagte erbittet sich das Wort zu einer Bemerkung. Er weist darauf hin, daß der Zeuge Löwe einmal und der Zeuge Kühne mehrmals unter ihrem Eid erklärt, daß sie die Kosten zu den Gewehren von den königlichen Fabriken geleistet erhielten. Er unterbreite nun dem Gerichtshof zwei Schriftstücke, wonach die Firma Löwe u. Co. selbst Bestellungen gemacht hätte. — Oberstleutnant Kühne erwidert, daß diese ausnahmsweise Bestellungen mit Genehmigung der Behörde gemacht und das Material von derselben geprüft worden sei. — Der Präfident weiß den Angeklagten darauf hin, daß dieser Punkt doch durch die Beweisaufnahme aufs Eingehendste erledigt sei. — Angekl.: Es handelt sich hier auch nicht um die Kosten, sondern um den Eid der Herren Löwe und Kühne. — Präf.: Das muß ich Ihnen überlassen, wie Sie darüber denken, wahrscheinlich wird in Folge dieses Prozesses eine wahre Fluth von Meinungs-Denunziationen sich ergieben. — Der Angeklagte stellt noch weitere Behauptungen über das zu den Gewehrkästen vermeindete Material auf, der Sachverständige erwidert, daß die Ausschauungen des Angeklagten auf Mißverständnissen beruhen. Der Angeklagte nimmt jetzt seinerseits die von dem abgegangenen Vertheidiger zurückgelassenen Beweis-Anträge auf. Er beantragt, einen Sachverständigen darüber zu vernehmen, daß die bei Löwe gezahlten Altlohnsummen derartig niedrig gewesen, daß reelle Arbeiten dafür überhaupt nicht geleistet werden konnten. Im Weiteren wird in den Anträgen behauptet, daß im vorigen Jahre beim 52. Infanterie-Regiment sich die Untauglichkeit der Löwe-Gewehre erwiesen habe. Der Kommandeur des zweiten Nassauischen Infanterie-Regiments 87 soll über das Blauen von Gewehren bei den letzten Schießübungen vernommen werden. Dieses Blauen soll, wie der Angeklagte hinzufügt, durch Steckenbleiben von Augeln in dem Lauf veranlaßt worden sein, was auf eine schlechte Beschaffenheit des Laufes zurückzuführen sei. (Hinterlett bei den militärischen Sachverständigen.) Sodann wird neuerdings eine ganze Anzahl von Personen namhaft gemacht, welche befunden sollen, daß alle möglichen Unordentlichkeiten bei Löwe vorgekommen seien und Oberstleutnant Kühne darum gewußt bzw. dieseben angeordnet habe.

Der Staatsanwalt beantragt, diese Anträge durchweg abzulehnen, da sie theils zu wenig bestimmt sind, theils nichts Neues enthalten, theils offenbar nur verschleppen wollen.

Der Angeklagte erklärt, daß jetzt der Besitz eines Reichstagsmandats für ihn in dieser Sache doch gar keinen Nutzen bringen könne und er absolut nicht eine Verschleppung beabsichtige.

Die sämmtlichen neuen Anträge des Angeklagten werden abgelehnt. Aus der Begründung ist hervorzuheben, daß der Gerichtshof einen Theil der unterstellten Thatsachen für wahr hält. Dagegen hält er für erwiesen, daß der Oberstleutnant Kühne von dem Druden der Gewehre nichts gewußt hat, und ferner, daß die Nebenkläger Löwe und Kühne nicht Arbeiter unter Gewährung von Geldmitteln nach Amerika oder Budapest abgehoben haben.

Angekl.: Ich bitte einmal ums Wort. Die Wahl zum Reichstag ist am Montag erfolgt; morgen wird die Wahl verkündigt, dann wird der Wahlkommissarius an mich die Mittheilung ergeben lassen und im Reichstage kann vor Montag meine Angelegenheit nicht vorgebracht werden. Ich erkläre ausdrücklich, daß ich bis zum Montag auf eine Intervention des Reichstages verzichte. Ich erkläre weiter, daß ich mit einem Urtheilsprache des Gerichtshofes nicht entzehen will. Mein Vertheidiger ist hier in einer Erregung, die mir selbst schwer begreiflich war, fortgegangen und hat das gesammelte Vertheidigungsmaterial mitgenommen. Wir hatten verabredet, uns in die Vertheidigung zu thellen, und ich stehe nun hier ohne Schutz und gewissermaßen ratlos da, denn ich habe hier drei Herren mir gegenüber, welche gewiß Alles mögliche gegen mich gefordert machen werden. Ich bitte deshalb um 24 Stunden Zeit, damit ich mich in Vertheidigungs Zustand versetzen kann. Ich erkläre ferner, daß ich mir keinen neuen Vertheidiger annehmen will und auch keine weiteren Anträge mehr stelle.

Erster Staatsanwalt Drescher: Ich kann diese Bitte nicht befürworten. Der Angeklagte hat seit Monaten Zeit gebaut, sich auf die Vertheidigung vorzubereiten, er hat Monate lang das Material bearbeitet und sogar förmliche Untersuchungen ange stellt und die Verhandlung hat gezeigt, daß er das Material bis in die kleinsten Einzelheiten beherrscht. Seine vielen Zwischenfragen lassen auf ein ganz außergewöhnliches Gedächtnis und Auflassungsgabe schließen, er ist daher durchaus nicht schlüssig. Ich versichere, daß ich mich streng objektiv ihm gegenüber auslassen will und daß mich dazu außer meinem sonstigen Pflichtgefühl auch die Thatsache besonders veranlassen wird, daß er ohne Vertheidiger ist.

Ahlwardt wiederholt seine Bitte und weist darauf hin, daß in der Verhandlung viele neue Punkte zu Tage getreten seien, auf die er sich vorbereiten müsse.

Der Gerichtshof gibt dem Antrage des Angeklagten, der durch die unvorhergesehene Entfernung seines Vertheidigers in Verlegenheit gerathen sein möge, statt. Die Verhandlung wird auf Donnerstag Vormittag 10 Uhr vertagt.

Präf.: Angeklagter, haben Sie noch irgend welche Fragen an einen der Zeugen, oder können dieselben sämmtlich entlassen werden? — Angekl.: Ich hätte nur an den Zeugen Brett Schneider noch einige Fragen. — Präf.: Die können Sie heute noch an ihn richten. — Angekl.: Dann frage ich den Zeugen Brett Schneider, ob ihm bekannt ist, daß die jüngeren Offiziere, die zur Revision kommandiert wurden, im Anfang eine Unkenntlichkeit über die Zusammenfügung des Gewehres vertrieben. — Präf.: Diese Frage lehne ich ab. Ein Arbeiter kann ein Urteil über die Fähigkeit militärischer Sachverständigen nicht fällen. Ihre Vorgesetzten werden sie wohl für befähigt gehalten haben, denn sonst wären sie nicht hingeschickt worden. — Angekl.: Dann frage ich den Zeugen Brett Schneider, ob ihm nicht wegen seiner Angaben gegen Löwe der Arbeitsnachweis sehr erschwert worden ist. — Zeuge: Jawohl, aber ich nenne nicht die Fabriken, wo ich abgewiesen worden bin, weil ich sonst meine jetzige Arbeitsstelle wieder verlieren. — Präf.: Haben Sie noch weitere Fragen? — Angekl.: Nein.

Der Präsident erklärt hierauf die Beweisaufnahme für geschlossen.

Erster Staatsanwalt Drescher: Ich beantrage, der Gerichtshof möge seinen vorher gefassten Beschuß wieder aufheben, um mir Gelegenheit zu geben, noch heute zu plaudern. Ich stelle diesen Antrag namentlich auch im Interesse des Angeklagten, denn er wird an der Hand des Vortrages, welchen ich zu halten gehende, sich am besten auf seine Vertheidigung vorbereiten können.

Angekl.: So gut gemeint dies vom Herrn Staatsanwalt ist, so würde ich doch bitten, es bei dem vorigen Beschuß zu belassen, denn es liegt mir viel daran, daß ich mein Material zur Hand habe, wenn ich mir zu den Bemerkungen des Staatsanwalts Nothilfe mache.

Der Gerichtshof zieht sich abermals zur Berathung zurück und beschließt, den Antrag des Staatsanwalts abzulehnen. „Wir wollen — so führt der Präsident aus — den Angeklagten in keiner Weise in seinem Recht beschränken. Da die Vampire, in welchen sich seine Vertheidigungs-Rotteln befinden, von dem Herrn, der hier das Lokal verlossen hat, mitgenommen worden sind, so belassen wir es bei dem Beschuß.“ — Die nächste Sitzung findet daher Donnerstag 10 Uhr statt.

Aus dem Gerichtsaal.

Thorn, 5. Dez. In der heutigen Schwurgerichtssitzung erschienen wegen Münzverbrechens auf der Anklagebank vier russische Unterthanen, nämlich der Rittermann Ignatz Szlapski, seine Ehefrau Susanne, geb. Lukasewski aus Bock, der Handelsmann Leiba Rosenberg und der Schneider Salomon Frankenstein aus Bock. Dieselben werden beehnigt, im Mat. d. S. gemeinschaftlich sich gefälschtes russisches Papiergeld verschafft und dasselbe zum Zwecke der Verbreitung aus dem Auslande eingeführt zu haben. Rosenberg und Frankenstein sind ferner des fortgesetzten Bettelns und Rosenberg noch der Führung eines falschen Namens in 5 Fällen angeklagt. Der Angeklagte Szlapski kam mit seiner Ehefrau in den letzten Tagen des Monats Mai aus Russisch-Polen hierher. Er wollte, wie er behauptet, nach Amerika auswandern. Auch der Vater der Frau S. und ein Stiefsohn hatten in derselben Absicht die Reise angetreten, waren aber französischhalber in Alexandrowo zurückgeblieben. Sie wollten einige Tage später die Grenze überschreiten und dann hier mit den Szlapskis zusammentreffen. Deshalb logierten letztere mehrere Tage in einem kleinen Gasthause. Die Angabe betrifft der beabsichtigten Auswanderung erscheint aber höchst unprobabel; denn die Szlapskis besaßen nur 100 M. und 24 russische Rubel, womit sie unmöglich die Reisekosten bestreiten könnten. Jedenfalls hatte ihr heiger Aufenthalt einen anderen Zweck. Am 30. Mat reisten sie per Bahn über Bromberg nach Elsenau (Prov. Posen). Auf dem Bahnhof dort selbst trafen sie die Mitangeklagten Rosenberg und Frankenstein, welche seit mehreren Wochen in den Kreisen Bromberg, Inowrazlaw u. bettelnd umherzogen. Mit diesen russischen Juden wurden sie bald gut bekannt. Mit dem Zug von Gnesen trafen darauf zwei Ackerbürger in Elsenau ein. Diese führten auf dem Bahnsteig ein Gespräch über einen gegen den Eisenbahnbau angestrebten Prozess betreffs einer höheren Entschädigung für zum Eisenbahnbau abgetrennes Land. Als der Angeklagte Rosenberg hörte, daß der eine Ackerbürger eine Entschädigung von ca. 5000 M. erhalten sollte, mischte er sich in das Gespräch, indem er äußerte: „Ja, jetzt können die Leute leicht reich werden; mit 3000 Mark kann man 10 000 Mark machen.“ Auf nächstes Begegnen bot er den Ackerbürgern falsche Rubelscheine zum Preise von 1 M. pro Rubel zum Kauf an und holte auch (wahrscheinlich von Szlapski) einen Brobe-Rubelschein herbei. Da die Ackerbürger keine hohe Geldsumme bei sich führten, wurde von dem Verkauf nichts. Doch verabredete man, das Geschäft sollte nach einigen Tagen in Thorn gemacht werden. Nun traten die 4 Angeklagten auf Szlapski Kosten die Rückreise nach Thorn an. Die Ackerbürger aber machten von dem Erlebten dem Distriktskommissarius zu Jannowitz Mitteilung. Dieser meldete Alles der heigen Polizei und sandte die zwei Ackerbürger hierher. Dieselben trafen auf den angeklagten Szlapski und stellten sich, als ob sie falsche Rubelscheine kaufen wollten, jedoch nur für 150 Mark. Das war dem G. aber nicht genug, mindestens für 2000 M. sollten genommen werden, wenn auch nur zum Preise von 50 Pf. pro Rubel. Gleich nach dieser Unterredung erfolgte die Verhaftung der Angeklagten. Falsche Rubelscheine wurden zwar nicht in ihren Sachen gefunden, wohl aber im Ofen des Vogtrimmers ein Häuflein Papieratze, welche anscheinend von einem kurz vorher verbrannten Bäckchen Banknoten herührte. Der Angeklagte Rosenberg nannte sich nach seiner Verhaftung stets Elgowitz, bis schließlich durch Vermittelung der russischen Behörden sein wahrer Name festgestellt wurde. In der heutigen Verhandlung, die bis nach 10 Uhr Abends dauerte, bestritten sämtliche Angeklagte ihre Schuld. Von den russischen Behörden ist dem Staatsanwalt die Mitteilung zugegangen, daß die Angeklagten als passivirte Verbreiter falscher Rubelscheine jahrelang bekannt sind. Zur heutigen Verhandlung war auch der russische Geheime Staatsrat Alexander v. Rumiantsev im Auftrage des russischen Finanzministeriums als Sachverständiger erschienen. Derselbe teilte mit, daß die Mannigfaltigkeit der Muster der den gefälschten Rubelscheinen nur gering sei. Das läßt darauf schließen, daß im Auslande einige größere Herstellungsstätten existieren müssen. Der Betrieb der falschen Rubel wird unzweifelhaft durch Agenten in großem Maßstab begünstigt. Seit Jahren hat sich derselbe auf die Grenzdistrikte Thorn, Inowrazlaw und Leibitz konzentriert. Nachdem vor acht Jahren mehrere Hauptagenten des Betriebes unzählig gemacht worden sind, nahm die Zahl der gefälschten Scheine erheblich ab. In den letzten Jahren ist aber wieder eine starke Zunahme festgestellt worden. Unter den seit 1889 ausgegebenen neuen Kreditbillets wurden bis zum 1. Novbr. d. J. als Falsifikate festgestellt: 7 Ein-, 394 Drei-, 207 Fünf-, 3390 Zehn- und 185 Fünfundzwanzig-Rubelnoten. Falsches Papiergeld wurde beschlagnahmt 1889 für 3319 Rubel, 1890 für 6730, 1891 für 14 106 und 1892 für 17 434, im Ganzen in den vier Jahren für 41 689 Rubel. Diese Zahlen zeigen die Zunahme der Fälschungen in neuerer Zeit. — Die sehr umfangreiche Beweisaufnahme überzeugte jedoch die Geschworenen nicht von der Schuld der Angeklagten bezüglich des Münzverbrechens und wurden sie hierauf freigesprochen. Rosenberg erhält wegen Beilegung des falschen Namens und wegen Bettelns 3 Monate, Frankenstein wegen Bettelns 4 Wochen Haft.

Lokales.

Posen, 8. Dezember.

p. Schneewehen. Über Nacht trat wieder starkes Schneegestöber ein, das mit kurzen Unterbrechungen noch anhält. Die Werderbahn, die sonst bis ein Viertel nach 12 Uhr fährt, mußte schon gegen 11 Uhr den Betrieb auf allen Linien einstellen und erst heute Morgen nach 9 Uhr konnte derselbe auf der Strecke Bahnhof-Wilhelmsplatz wieder aufgenommen werden. Die Verkehrsstörungen auf der Eisenbahn haben sich ebenfalls sehr vermehrt und namentlich in der Richtung nach Kreuzburg sind die Hindernisse fast unüberwindlich. Auch die übrigen hier eintreffenden Züge haben ganz erhebliche Verzögerung, sodaß durchweg die Anschlüsse nicht innegehalten werden können.

Telegraphische Nachrichten.

Bromberg, 7. Dez. Die königl. Eisenbahn-Direktion macht bekannt: Die Strecke Kahlbude-Carthus der Nebenbahn Praust-Carthus ist in Folge Schneeverwehung auf unbestimmte Zeit gesperrt.

Breslau, 7. Dez. Die niedergegangenen großen Schneemassen verursachen sehr empfindliche Verkehrsstörungen. Der früh um 5 Uhr 45 Min. fällige Schnellzug von Oberberg ist bisher nicht eingetroffen. Auch auf der Glazener Gebirgslinie haben die Züge 4- bis 5 stündige Verzögerungen. Der Schneefall dauert bis jetzt unvermindert fort.

Oppeln, 7. Dez. Das hiesige Eisenbahn-Betriebsamt Oppeln macht bekannt: Die Strecke Lammsdorf-Niederhermsdorf, Route Oppeln-Reisse, ist durch Schneeverwehung für Personen und Güterverkehr seit heute Morgen auf mindestens 24 Stunden gesperrt.

Wien, 7. Dez. Der „Polit. Korresp.“ wird aus Belgrad gemeldet: Die gestern eingetroffene Antwort des Wiener

Kabinetts auf die serbische Note betreffend die Verlängerung des Handelsvertrages lautet zustimmend im Sinne einer Verlängerung bis zum 30. Juni 1893 mittels Deklaration.

Wien, 7. Dez. (Abgeordnetenhaus.) Die Debatte über die Beantwortung der Interpellationen betreffend die Auflösung des Reichsberger Stadtverordneten-Kollegiums bewegte sich heute fast ausschließlich in Vorwürfen, welche sich die Czechen und die Deutschen gegenseitig machen. Die Debatte wurde heute abgeschlossen.

Kraau, 7. Dez. Infolge von Schneeverwehung ist auf der Strecke der Nordbahn zwischen hier und Prerau der Güterverkehr bis auf Weiteres eingestellt.

Pest, 7. Dez. Der gestern ernannte und im verstärkten Maße eingetretene Schneesturm hat hier, sowie in Gran, Kaschau und Temesvar vielfache Verkehrsstörungen und zum Theil die Einstellung des Bahnverkehrs zur Folge gehabt. Mehrfach blieben die Eisenbahnzüge im Schnee stecken. Auf den Landstraßen liegt der Schnee teilweise bis zu Manneshöhe. Der gestern Abend hier eingetroffene rumänische Thronfolger Prinz Ferdinand mußte in Folge der Schneeverwehungen seine Reise unterbrechen und wird erst nach Besiegung der Verkehrshindernisse die Reise nach London fortsetzen.

Pest, 7. Dez. Die Verkehrsstörung infolge des Schneesturmes dauert noch fort; aus Pest konnte heute kein Bahnzug abgehen. Ein Zug der Arad-Essanader Bahn stieß mit einem Schneepflug zusammen, wobei zahlreiche Reisende und zehn Mann vom Zugpersonal schwer verletzt wurden.

Bern, 7. Dez. Im Nationalrath beantragt Zoos-Schaffhausen, den Bundesrat aufzufordern, die lateinische Münzunion zu kündigen.

Kopenhagen, 7. Dez. Das Handelsabkommen zwischen Dänemark und Spanien, nach welchem Dänemark und Spanien die Bezahlung nach dem Minimtarif eingeräumt wird, tritt mit dem 10. Dezember d. J. in Kraft.

Paris, 7. Dez. Das „Journal officiel“ veröffentlicht die Ernennung Jamais zum Unterstaatssekretär der Kolonien. Die Leitung der Kultusangelegenheiten ist mit dem Unterrichtsministerium verbunden worden.

Paris, 7. Dez. Die Morgenblätter besprechen das Kabinett Ribot. Die Organe der gemäßigten Republikaner fordern das Kabinett auf, Festigkeit und Energie zu zeigen. Die oppositionellen Blätter sind durch die Lösung der Krise nicht befriedigt, da die Zusammensetzung des Kabinetts den Regeln des parlamentarischen Regimes widerspreche.

Paris, 7. Dez. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, hätte die Regierung beschlossen, dem Wunsche der Panama-Untersuchungs-Kommission entsprechend eine Besichtigung der Leiche des Baron Reinach stattfinden zu lassen.

Paris, 7. Dez. Der Disziplinarherr der Advokaten entsandte seine Mitglieder Rousse und Bérolard, um zuerst Grévy und hierauf Renault zu vernehmen. Nach der Vernehmung werden dieselben einen Bericht an den Disziplinarherrn erstatte, welcher sodann beschließen würde, ob eine disziplinare Bestrafung einzutreten habe oder nicht.

Paris, 7. Dez. Die Panama-Untersuchungs-Kommission hörte heute den früheren Deputirten Gobron; derselbe erklärte, er sei Empfänger eines Checks über 20 000 Franks, welcher durch das Bankhaus Braslon eingekassiert worden sei, und fügte hinzu, er habe den Check als Zahlung für 50 an Reinach zedirte Gründer-Antheile an einer Gerberei-Gesellschaft erhalten. Ferner vernahm die Kommission den Verwalter des Reinachschen Nachlasses, Imbert, welcher angab, er habe in dem Zimmer des Verstorbenen Siegel anlegen lassen, sowie alle Papiere versiegelt, welche derselbe in den verschiedenen Banken besaß. Die Kommission hörte endlich noch den Deputirten Dugue de la Fauconnerie als Empfänger eines der beschlagnahmten Checks. Derselbe erklärte, er habe eine durchaus korrekte und anständige Operation gemacht, aus der er nie ein Hehl gemacht habe.

Brüssel, 7. Dez. (Münzkonferenz.) Das Mitglied der Vereinigung der Zivilingenieure Londons, G. Allan, legte einen Entwurf vor, wonach sämtliche Silber produzierenden Länder sich unter einander verpflichten sollen, das gesamte Silber, (mit Ausnahme ihres Silbergeldes) das zum Export bestimmt wurde, mit einem Ausfuhrzoll zu belegen.

London, 7. Dez. Die „Times“ meldet aus Kairo, die egyptische Regierung habe Nachricht erhalten, Osman Digma erwartete Verstärkungen aus dem Thalifat; derselbe habe erklärt, er beabsichtige Tolar anzugreifen. Die Dervische bedrohen die italienischen Posten an den Grenzen.

London, 7. Dez. Die „Ball-Mall-Gazette“ erfährt, der an die Stelle des Kapitäns Ugard getretene Kapitän Williams sei in Folge Erkrankung genötigt, Uganda zu verlassen und befindet sich gegenwärtig auf dem Wege zur Küste. Sein Stellvertreter, Major Smith, sei dort noch nicht eingetroffen, der englische Einfluß derselbst also gegenwärtig unterbrochen.

London, 7. Dez. Das „Reuter'sche Bureau“ bestätigt, daß der in Uganda an die Stelle des Kapitäns Ugard getretene Kapitän Williams erkrankt ist und sich auf dem Rückweg zur Küste befindet. Außer ihm hätten sich aber noch sechs englische Offiziere in Uganda befinden, von denen einer bis zur Ankunft des Major Smith, die am 3. Dezember zu erwarten sei, seine Vertretung übernommen habe.

Bukarest, 7. Dez. In der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer hob der Minister des Auswärtigen Lăzărescu bei der Beurtheilung der Vorlage betreffend die Apanage für den Kronprinzen hervor, die Konservativen hätten stets Unabhängigkeit an die Monarchie befürwortet; es sei eine Pflicht, die beantworte Dotations zu gewähren. Der Minister wies sodann auf die fröhliche demütigende Lage Rumäniens hin sowie auf die Änderung, welche die selbe heute erfahren habe, wo der Sprößling der ruhmreichen Dynastie und die Enkelin der Souveränin des mächtigsten Reiches der Welt zur Herrschaft in Rumäniens berufen seien. Rumäniens sei nicht so arm, um nicht seine Ruhe, Sicherheit und Würde beizuhalten zu können.

Athen, 7. Dez. Wie versichert wird, ist der Goldbedarf für den Januar-Coupon nunmehr sichergestellt durch die Einnahmen aus den Monopolen und durch 8 Millionen Francs Gold, welche der Regierung von zwei Athener Banken und der Ottomanchbank gegen ein im Laufe des Monat März einzulösendes Aequivalent in Banknoten vorgeschnitten wurden.

Newyork, 6. Dez. Der transatlantische Dampfer „Bretagne“, welcher mit Einwanderern an Bord seit dem 4. Dezember hier

zurückgehalten worden war, ist heute freigegeben worden. Die Dampfer-Gesellschaft will wegen der unberechtigten Zurückhaltung des Dampfers, welche 10 000 Frs. tägliche Kosten verursacht habe, Beschwerde führen.

Berlin, 8. Dez. An der gestern Abend stattgefundenen parlamentarischen Soirée beim Grafen Caprivi nahmen fast sämtliche Chefs der Reichsämter, zahlreiche Mitglieder des Bundesraths, darunter der bayerische, sächsische und württembergische Kriegsminister, fast alle preußischen Minister, sowie Abgeordnete aller Parteien, ausgenommen die Sozialdemokraten, teil. Von den Freiständigen waren die Abg. Rickert, Goldschmidt, Schrader, Zelle und Birchow anwesend. Auch Vertreter der Presse verschiedener Parteien waren zahlreich geladen und erschienen. Neben den Chefredakteuren der „Nordd. Allg. Btg.“, der „Post“, des „Berliner Tageblatts“ bemerkte man auch Vertreter der „Börsischen Btg.“, der „Kölischen Btg.“, der „Frankfurter Btg.“, der „Times“ und anderer englischer, sowie Wiener Blätter. Um 9½ Uhr begab sich die Gesellschaft in den Speisesaal, wo ein reich ausgestattetes Buffet aufgestellt war und eine ausgezeichnete Tafelmusik stattfand. Der Reichskanzler unterhielt sich in liebenswürdigster Weise mit seinen Gästen aus den verschiedensten Parteien, darunter längere Zeit auch mit dem Oberbürgermeister Zelle. Erst gegen Mitternacht verließ die Mehrzahl der Gäste das Palais.

Madrid, 8. Dez. Ein in der gestrigen Kammer sitzung gestellter Antrag auf ein Vertrauensvotum für die Regierung wurde mit 121 Stimmen in Erwägung gezogen. Die Liberalen, Republikaner und die dissidente Konseriativen enthielten sich der Abstimmung. Die Demission des Ministeriums wird danach für unvermeidlich gehalten.

Paris, 8. Dez. Eine Madrider Meldung besagt, daß Canovas Abends im Palais der Regentin die Demission des gesamten Kabinetts überreichte. Die Berufung Sagasta zur Königin wird erwartet.

Paris, 8. Dez. Vor der Panamauntersuchungskommission sagte der Deputirte Bond aus, daß ihm als Mitglied der Panama-Anleihe-Kommission für sich und alle übrigen Mitglieder, welche für die Genehmigung der Anleihe stimmen würden, je 25 000 Fr. angeboten worden seien.

Madrid, 8. Dez. Wie verlautet, sind bisher folgende Portefeuilles besetzt: Sagasta Präsidium, Armijo Neuñez, General Weyler Krieg, Admiral Topete Marine, Benavidez Finanzen. Die Besetzung der übrigen Ressorts ist unbestimmt.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Dezember 1892.

| Datum | Barometer auf 0 Gr. reduc. in mm; | Wind 66 m Seehöhe | Wetter. | Temper. Grad |
|--|--------------------------------------|----------------------|---------|-----------------|
| 7. Nachm. 2 | 745.9 | N frisch | bedeut | - 1.2 |
| 7. Abends 9 | 747.4 | NWB stark | bedeut | 0.8 |
| 8. Morgs. 7 | 750.8 | NWB stark | bedeut | 2.7 |
| *) Den Tag über öfter Schnee *) Nachts Schnee. | | | | |
| Am 7. Dez. | Wärme-Maximum - | 0.7° Cel. | | |
| Am 7. | Wärme-Minimum - | 2.0° | | |

Wasserstand der Warthe.

| Posen, am 7. Dez. | Morgens 0,06 Meter |
|-------------------|--------------------|
| = = 7. | Mittags 0,02 = |
| = = 8. | Morgens 0,04 = |

Produkten- und Börsenberichte.

Währungskurse.

Breslau, 7. Dezember. (Schlußkurse.) Nachlassend.
Neue Zuroz Reichsanleihe 85,90, 3½, proz. U.-Auslandbr. 97,95, Kronol. Türk. 21,60, Türk. Büro 91,25, 4proz. ung. Goldrente 26,25, Bresl. Distontobank 96,50, Breslauer Wechslerbank 96,50, Kreditaktien 166,75, Schles. Bankverein 111,00, Donnersmarckhütte 81,90, Flöther Waffenfabrik -, Rattowitz Arifen-Gesellschaft zur Bergbau u. Hüttenbetrieb 114,00, Oberseiles Eisenbahn 44,50, Oberseiles Porland-Zement 69,00, Schles. Cement 114,00, Oppeln-Zement 85,00, Schles. D. Cement 114,00, Kramnitz 123,00, Schles. Blaufärb. 186,75, Laurahütte 96,50, Verein. Hafsfab. 91,50, Hesterreich. Banknoten 169,60, Russ. Banknoten 201,50, Giebel-Cement 70,00.

Wien, 7. Dez. Nach festem Verlauf schließlich auf Berlin und Plakatgaben in Staatsbahn abgeschwächt
Deut. 4½% Papier. 99,95, do. 3½%, 100,65, do. Silber 97,65, do. Goldrente 116,10, 4proz. una. Goldrente 113,85, 5proz. do. Papier. 100,55, Länderbank 225,40, österr. Kreditakt. 314,00, ungar. Kreditaktien 361,50, Wien. Bt.-B. 114,50, Elbenthalbah. 228,00, Gallatz 217,50, Lemberg-Tschernowitz 245,75, Lombarden 92,75, Nordwestbahn 212,75, Tabaksalt. 169,75, Napoleon 9,57, Mitt. 58,90, Russ. Banknoten 1,18%. Silbercoupons 100,00, Bulgarische Anleihe 108,00.

ruhig. Gerste ruhig. Rübbel (unverz.) ruhig, loko 52 $\frac{1}{2}$. — Spiritus loko etw. teurer, v. Dez. 21 $\frac{1}{4}$ Br., p. Dez.-Jan. 21 $\frac{1}{4}$ Br., v. Jan.-Febr. 22 $\frac{1}{4}$ Br., p. April-Mai 22 $\frac{1}{4}$ Br., per Mai-Juni — Kaffee ruhig. Umsatz — Sic. — Petroleum behauptet, Standard, white loko 5 35 Br., v. Dez. 5,25 Br. — Wetter: Schnee.

Berl. 7. Dez. Produktenmarkt. Weizen loko fest, per Frühjahr 7,56 M., 7,58 Br., per Herbst 7,67 Gd., 7,69 Br. Hörner der Käthiobr 5,54 Br., 5,56 Br. Mais per Mai-Juni 1893 4,87 Gd., 4,88 Br. Kohlraps per August-Sept. 11,70 Gd., 11,80 Br. — Wetter: Schneesturm.

Paris. 7. Dez. Getreidemarkt. (Schluß.) Weizen träge, v. Dezember 21,30, v. Januar 21,50, v. Januar-April 21,90, v. März-Juni 22,30. — Roggen ruhig, v. Dezbr. 13,50, per März-Juni 14,50. — Mehl träge, er Dez. 48,00, per Jan. 48,20, per Jan.-April 48,50, v. März-Juni 49,20. — Rübbel ruhig, v. Dez. 57,25, v. Jan. 57,75, v. Jan.-April 58,25, v. März-Juni 59,00. — Sorgfalt ruhig, der Dezbr. 46,50, per Jan. 46,75, per Jan.-April 46,50, v. Mai-August 47,00. — Wetter: Regnerisch.

Paris. 7. Dez. (Schluß.) Rohzucker ruhig, 88 Proz. loko 38,00 à 38,25. Weicher Zucker matt, zt. 3, per 100 Kilogramm per Dezbr. 40,00, v. Jan.-April 40,62 $\frac{1}{2}$, v. März-Juni 41,12 $\frac{1}{2}$.

Habre. 7. Dez. (Teleggr. der Hamb. Firma Beimann Biegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 30 Points Baisse. Hm 8,000 Sac, Santos 16,000 Sac, Reisettes für gestern.

Habre. 7. Dez. (Teleggr. der Hamb. Firma Beimann Biegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, v. Dez. 100,25, v. März 95,75, per Mai 93,75. Behauptet.

Amsterdam. 7. Dez. Banczinn 55

Amsterdam. 7. Dez. Java-Kaffee good ordinary 56 $\frac{1}{2}$.

Amsterdam. 7. Dez. Getreidemarkt. Weizen auf Termine höher, per März 173. — Roggen loko unverändert, do. auf Termine höher, per März 129, per Mai 126. — Rübbel loko 26 $\frac{1}{2}$, v. Dez. —, per Mai 26 $\frac{1}{2}$.

Antwerpen. 7. Dez. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Kaffintries Type weiß loko 12 $\frac{1}{2}$ bez. u. Br. per Dez. 12 $\frac{1}{2}$ Br., v. Jan. 13 Br., per Jan.-März 13 $\frac{1}{2}$ Br. Ruhig.

Antwerpen. 7. Dez. (Teleggr. der Herren Willems und Comp.) Wolle. La Blata-Bug, Type B., per Jan. 4,50, per Junt 4,62, per Sept. 4,70 Räufer.

London. 7. Dez. An der Küste 5 Weizenladungen angeboten. Wetter: Schön.

London. 7. Dez. Getreidemarkt. (Anfangsbericht). Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 18,780, Gerste 19,100, Hafer 8,110 Octs.

Markt ruhig, Preise unverändert.

London. 7. Dez. Getreidemarkt. (Schlußbericht) Sämtliche Getreidearten im Allgemeinen sehr träge, Häuser zurückhaltend, Preise nominell, unverändert. Hafer teurer, mitunter 1/4 lb. höher. Angelommene Weizenladungen flauer. Schwimmendes Getreide ruhig.

London. 7. Dez. Chilli-Kupfer 47 $\frac{1}{2}$ per 3 Monat 71 $\frac{1}{2}$.

London. 7. Dez. 96 p.Ct. Jawazuer loko 16 $\frac{1}{2}$ ruhig, Rüben-Rohzucker loko 13 $\frac{1}{2}$ träge.

Newyork. 7. Dez. Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle, Umsatz 8,000 Ball., davon für Spekulation und Export 1,000 Ball. Träge. Amerikaner teurer.

Middl. amerikan. Lieferungen: Dezbr.-Jan. 4 $\frac{1}{2}$ %, Verkäuferpreis.

Febr.-März 5 do., April-Mai 5 $\frac{1}{2}$ %, Käuterpreis, Juni-Juli 5 $\frac{1}{2}$ do., August-Sept. 5 $\frac{1}{2}$ %, Werte.

Newyork. 7. Dez. Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle.

Umsatz 8,000 Ball., davon für Spekulation und Export 1,000 Ball. Ruhig.

Middl. amerikan. Lieferungen: Dezbr.-Jan. 4 $\frac{1}{2}$ %, Verkäuferpreis, Jan.-Febr. 4 $\frac{1}{2}$ %, Werte, Febr.-März 5 $\frac{1}{2}$ %, Verkäuferpreis, März-April 5 $\frac{1}{2}$ %, Werte, April-Mai 5 $\frac{1}{2}$ do., Mai-Juni 5 $\frac{1}{2}$ %, Verkäuferpreis, Junt-Juli 5 $\frac{1}{2}$ %, Käuterpreis, Juli-August 5 $\frac{1}{2}$ do. Werte.

Berl. 4. Lomb. 4/2 u. 5. Privat. 2 $\frac{1}{2}$ G.

Geld-, Banknoten u. Coupons.

Boulevard.

20 Francs-Stück.

Gold-Dollars. 4,1825 br.

Engl. Not. 1 Pfd. Sterl. 20,35 G.

Franz. Not. 100 Frs. 81,15 br.

Oestr. Noten 100 fl. 169,45 br. B.

Russ. Noten 100 R. 204,40 br.

n.Berl. 4. Lomb. 4/2 u. 5. Privat. 2 $\frac{1}{2}$ G.

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Otsche. R.-Anl. 4 106,90 G.

do. do. 3 $\frac{1}{2}$ 100,00 br.

do. do. 3 85,80 B.

Prss. cons. Anl. 4 107,00 G.

do. do. 3 $\frac{1}{2}$ 100,20 B.

do. do. 3 85,80 B.

do. do. 3 $\frac{1}{2}$ 85,80 B.